



Nr. 72. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 12. Februar 1876.

Deutschland.

Berlin, 11. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Hermann Cohen zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Marburg ernannt; und dem Ingenieur und Bevollmächtigten des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation Friedrich Carl Glaser zu Berlin den Charakter als Commission's-Rath verliehen.

Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Osterburg ist der bisherige Hilfslehrer Gödlich als ordentlicher Lehrer provisorisch angestellt worden.

Zu Obergerichts-Ämtern sind ernannt: der Amtsrichter Isenbart in Geestemünde und der Amtsrichter Stolz in Burgwedel bei dem Obergericht in Hannover, der Amtsrichter Cy in Duderstadt bei dem Obergericht in Verden. Dem Kreis-Gerichts-Rath Lieze in Leobschütz und dem Kreis-Gerichts-Rath Bittmann in Rybnik sind die Funktionen der Amtsgerichts-Dirigenten bei dem betreffenden Kreis-Gerichten übertragen. Besetzt sind: Der Friedensrichter Justiz-Rath Stellens in Bernstadt an das Friedensgericht in Düren, der Kreisgerichtsrath Hek in Waldenburg an das Kreisgericht in Hirschberg, der Ober-Amtsrichter Wuthmann in Tostedt an das Amtsgericht in Harburg, der Ober-Amtsrichter Beppenfeld in Burgdorf an das Amtsgericht in Hildesheim und der Amtsrichter Dr. Schellmann in Kirchhain als Kreisrichter an das Kreisgericht in Kassel. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichtsassessor Burchard bei dem Kreisgericht in Billtal, der Gerichtsassessor von Unruh bei dem Kreisgericht in Cammin, der Gerichtsassessor Gamradt bei dem Kreis-Gericht in Neidenburg, mit der Funktion als Gerichts-Commissionar in Soldau. Dem Kreisgerichts-Rath Dulhauer in Arnberg ist die nachgeführte Dienst-Einlaßung mit Pension ertheilt. Der Ober-Amtsrichter Meyer in Leer und der Kreisrichter Niedorf in Oppeln sind gestorben. Der Staats-Anwalts-Hilfe Dr. Isenbart in Schneidemühl ist in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft der Kreisgerichte in Ostrowo und Kempen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ostrowo, versetzt.

Berlin, 11. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den General-Intendanten der königlichen Schauspiele, v. Hülsen, und den neu ernannten Intendanten des königlichen Theaters in Kassel, v. Gilsa, nahm militärische Meldungen entgegen und bestichtigte hierauf die in diesem Jahre in die Armee übertretenden Kadetten des hiesigen Kadetten-Corps im Beisein ihrer Vorgesetzten. Später empfing Se. Majestät den Besuch Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen.

Gestern fand der erste große Hofball auf dem königlichen Schlosse statt. Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg und besichtigte die Gesügel-Ausstellung des Vereins Cypria.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittags den General-Lieutenant v. Blumenthal, Commandeur der 22. Division, und ertheilte dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Preiß aus Carlsbad, sowie dem Hof-Buchhändler Dr. Löhe Aubienzen. Abends 7½ Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Circus Renz und begab sich um 9½ Uhr mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin zum Ball nach dem königlichen Schloss. (Reichsanzeiger)

○ Berlin, 11. Februar. [Kirchliche Statistik.] Der evangelische Oberkirchenrat läßt einer früheren Circular-Vorführung gemäß den Consistorien vierteljährlich statistische Mittheilungen über die im vergangenen Quartale vollzogenen Tausen und kirchlichen Trauungen innerhalb der evangelischen Gemeinden zugehen. Neuerdings sind die betreffenden Tabellen über das 4. Quartal 1874 zur Versendung gelangt. Nicht un interessant sind die Bemerkungen, mit welchen der Evangelische Oberkirchenrat diese Mittheilungen begleitet. Es wird hiermit, heißt es u. Ä., eine Reihe statistischer Nachweise eröffnet, welche zu den wichtigsten auf dem Gebiete der kirchlichen Statistik gehören. Dieselben bilden künftig die einzigen amtlichen Urkunden, aus denen eine sichere Kenntnis geschöpft werden kann, in welchem Umfange vom evangelischen Volke die Taufe und kirchliche Trauung nach Aushebung des geistlichen Zwanges aus eigener Bewegung gesucht werden. Selbst bei der größten Sorgfalt seitens der Geistlichen bei Aufstellung der Nachweisen erwachsen in Bezug auf die Genauigkeit derselben mancherlei Schwierigkeiten aus den that sächlichen Verhältnissen. Das von zwei verschiedenen Verwaltungsorganen, den Standesämtern und dem königlichen statistischen Bureau einerseits und den Pfarrämtern und kirchlichen Behörden andererseits zu beschaffende Material hat den Mangel, daß sich weder nach Ort noch nach Zeit die bürgerlichen und kirchlichen Acte decken. Trauungen finden öfter anderswo als die Civilen, Tausen oft in späteren Quartalen als die Geburten statt. Diese und andere Schwierigkeiten werden bis zu einem gewissen Grade eine Ungenauigkeit der statistischen Ergebnisse zur Folge haben. Allerdings ist zu hoffen, daß diese Ungenauigkeit mit der Zeit mehr und mehr schwinden wird. Diese Erklärungen geben zugleich hinsichtlich der vorliegenden Nachweisen über das 4. Quartal 1874 die Erklärung des auffälligen Umstandes, daß bei einzelnen Kreisen die für die kirchlichen Acte berechnete Zahl die Anzahl der vorgenommenen bürgerlichen Acte übersteigt; überhaupt seien, heißt es in dem Circular des Evangelischen Oberkirchenrats, die Resultate dieser Nachweisen noch nicht in gleicher Weise wie die künftigen Ermittelungen als sicher anzusehen. Dies vorausgeschickt, wird man die nachstehenden Ziffern der gedachten Übersicht mit Vorsicht aufnehmen. Es sind nach der Nachweisung im 4ten Quartal:

in der Provinz Preußen geboren	24,186,	getauft	21,147,
" Brandenburg	31,708,		25,259,
" Pommern	14,631,		13,839,
" Polen	5,789,		5,127,
" Schlesien	19,692,		16,169,
" Sachsen	20,800,		18,459,
" Westfalen	9,719,		8,525,
" Rheinprovinz (fehlen die statistischen Angaben)			9,611.

Bürgerliche Scheidungen fanden statt:

in Preußen	5,785,	kirchlich getraut	4,711,
" Brandenburg	8,158,		4,272,
" Pommern	3,401,		2,997,
" Polen	1,037,		874,
" Schlesien	3,745,		2,805,
" Sachsen	4,758,		3,262,
" Westfalen	1,976,		1,593,
" Rheinprovinz (?)			2,226.

= Berlin, 11. Februar. [Der Bundesrat.] — Die Justiz-Commission. — Das Parlaments-Gebäude. — Der Bundesrat wird, voraussichtlich schon morgen, zu einer Plenarsitzung zusammenentreten. Man hat ein wesentliches Interesse daran, sobald wie möglich über die Reichstagsbeschlüsse welche ja bereits im großen Umfang dem Bundesrat vorliegen, zu einer Verständigung zu gelangen,

um die Resultate der soeben beendeten Reichstagsession zum Abschluß zu bringen. Wir erfahren mit Bestimmtheit, daß der Bundesrat die Strafrechtsnovelle, wie sie aus den Beschlüssen der dritten Lesung des Reichstages hervorgegangen, durchweg Zustimmen wird. In Bundesrathssitzungen ist man ferner der Ansicht, daß die Reichsregierung von weiterer Revision des Strafgesetzbuches Abstand nehmen und nicht wie vielfach vermutet wurde, zufolge der ablehnenden Beschlüsse des Reichstages bezüglich einzelner Bestimmungen in der nächsten Session neue Vorschläge machen werde. — Die Justiz-Commission des Reichstages hat sich heute mit dem Einführungsgesetz zum Gerichts-Verfassungsgesetz beschäftigt. Die §§ 2 (wonach die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes nur auf die ordentliche freitagsfeindlichsten Zumuthungen ohne ein irgend deutsches Motiv gemacht wurden und diese ein entschiedenes Nein nötig machen), — erforderen zur Zeit die Ablehnung, da die Fraktion den Kanzelparagraphen, den Paragraphen Dutchesne und den Paragraphen Arnim vergeblich bekämpft habe.

Die Mehrheit fügte sich dem Mehrheitsbeschluß, nur einzelne Abgeordnete, namentlich aus Gegenenden, welche bei den Kämpfen gegen die Clericalen lebhaft engagiert sind, machten von dem Rechte Gebrauch, nach Angabe der Motive abweichend zu stimmen. Wenn einer von der Mehrheit, der Abg. Roland unmittelbar nach der Fraktionssitzung aus der Fraktion austrat, so stand dies wohl nur in sehr losem Zusammenhang mit dem vorliegenden Gegenstande. Wenigstens haben viele Fraktionssmitglieder, wie ich höre, diesen Austritt schon lange erwartet, da sie der Meinung waren, daß der Abg. für Naumburg-Weissenfelz schon seit mehreren Jahren ausgeschieden sein würde, wenn ihn nicht der Einfluß Hoover's an die Partei gefesselt hätte, zu der er nach seinen Ansichten nicht mehr gehörte.

N.-L.C. [Die ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses] hatte heute im Reichstag eine Befreiung über Zeit, Ort und Tagesordnung des nächsten Congresses. Anwesend waren Dr. Braun, Geh. Rath Michaelis, Dr. Bamberger, Dr. Böhmer (Dresden), Dr. Emminghaus (Carlsruhe), Dr. Faucher, Dr. Kapp, Dr. Hammacher, Zwicker (Magdeburg), Frhr. v. Kübeck (Wien), Seyffardt (Crefeld), Dr. Wolff (Siettin), Rickert (Danzig), Dr. Weigert (Berlin), außerdem der Abg. Mösl (Bremen). Die zu der Befreiung eingeladenen Vertreter des Vorstandes des Vereins für Socialpolitik hatten sich entschuldigt; Herr Prof. Nasse hatte jedoch in einem Schreiben an den Vorsitzenden, Dr. Braun, den Wunsch ausgesprochen, daß der Congress nicht in der Zeit von Mitte August bis Mitte September berufen werde, sondern etwas später. Im Uebrigen hatte Herr Nasse die Hoffnung ausgesprochen, daß bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin sich Gelegenheit finden würde, das weitere über das verabredete Zusammenwirken des Congresses der Volkswirthschaft und des Vereins für Socialpolitik zu besprechen. Es wurde demnächst beschlossen, die von dem Abg. Mösl ergangene Einladung, den nächsten Congress in Bremen abzuhalten, anzunehmen. Derselbe wird vom 25. bis 28. September stattfinden. Auf die Tagesordnung sind vorläufig folgende Gegenstände gesetzt: 1) Werth- oder Gewichts-Zölle? 2) Erneuerung der bestehenden und Abschaffung neuer Handelsverträge. 3) Gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren. 4) Volkswirtschaftliche Bedeutung des Verhältnisses zwischen den Bau- und den Betriebskosten der Eisenbahnen. 5) Ankauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich.

D. R. C. [Hofball.] Der gestern Abend bei den kaiserlichen Majestäten im Weißen Saale des königlichen Schlosses stattgehabte Ball war sehr zahlreich besucht. Die Gäste, unter denen sich zahlreiche Mitglieder des Reichs- und Landtages, Vertreter der Wissenschaft und Kunst und der städtischen Behörden befanden, stellten sich schon gegen 8½ Uhr ein. Um 9 Uhr waren die Säle schon vollständig gefüllt. Um 9¾ Uhr erschienen die Majestäten. Bald nach dem Erscheinen der höchsten Herrschaften begann der Ball mit einer Polonaise, an der neben dem kaiserlichen Paar die sämmtlichen Mitglieder des Hofs Theil nahmen. Um 11 Uhr fand Souper an den Buffets statt, dann wurde der Ball fortgesetzt, der um 1 Uhr sein Ende erreichte.

[Die auswärtige Politik.] Man schreibt der „Magdeburger Zeitung“ von hier: „Der Kanler Fürst Bismarck soll gestern (am Mittwoch) Abend nach der Sitzung vertraulich zwei Persönlichkeiten namhaft gemacht haben, die bestissen gewesen wären, in den böhmischen Salons einen Einfluß auf die auswärtige Politik auszuüben.“

D. R. C. [Die Meyer-Bamberger'sche Affäre.] Wie wir hören, ist in der Meyer-Bamberger'schen Affäre Audienztermin im Lagerhaus, Klosterstraße 76, Zimmer Nr. 8, auf Montag, den 14. d. Ms., Vormittags, anberaumt. Als Staatsanwalt wird Herr Tiefendorf selbst fungieren; als Zeugen sind geladen die Herren Dr. Klee, Dr. Kapp, Dr. Dernburg und Herr Dr. Bamberger selber. Seine Vertheidigung wird Herr Meyer selbst führen.

[Der Verein deutscher Spiritushändler und Spritfabrikanten] hält am 16. d. im Englischen Hause (bei Husters) in Berlin seine zweite ordentliche Generalversammlung ab. In der vorjährigen ersten Versammlung ist der Aueschluß mit einer Reihe wichtiger Aufträge versehen worden, über deren Erledigung dies Mal Bericht erstattet wird. Dabey gehören: Verhandlungen wegen Einführung des Handels nach Gewicht (mit Professor Dr. Förster, unter Buziehung vieler Sachverständigen), Eingaben an das Reichseisenbahnamt und den Eisenbahnverband, die Fracht für leere Fässer bereitend, Reclamationen wegen Hamburgs Monopol im Handel mit russischem Sprit, gutachtlische Aeußerungen über die Handelsverträge und Bollarifte. Der Vereins-Vorstand, Commercierrath P. J. Stahlberg (Stettin) referirt über das Aichwesen. Die Verhandlungen versprechen interessant zu werden. Gäste sind willkommen.

Hamburg, 10. Februar. [Eine social-demokratische Versammlung] in Hamburg ist dieser Tage aufgelöst worden. Das auf die Tagesordnung gestellte Thema lautete: „Was will die Socialdemokratie?“ Nachdem zwei Redner über die Beantwortung dieser Frage sich hatten vernehmen lassen, kehrte der dritte Redner, Arbeiter Müller, das Thema in der Weise um, daß er zu zeigen und darzulegen versuchte, was die Socialdemokratie nicht wolle und lief nun diese letztere Erörterung so ziemlich darauf hinaus, daß unsere bestehenden staatlichen Ordnungen und Einrichtungen sämmtlich nicht zu gebrauchen seien. Dies gab dem Polizeiangestellten Veranlassung, den Redner zu unterbrechen und den sofortigen Schlüß der Verhandlung zu verlangen, der denn auch vom Vorsitzenden ausgesprochen wurde.

Nassau, 10. Februar. [In der bischöflichen Diözese Limburg.] welche das frühere Herzogtum Nassau und die Stadt Frankfurt umfaßt, hatten bisher zwei katholische Geistliche, Namens Funk und Jost, die Maigesetze anerkannt, weshalb die Sperrung des Staatsgebautes gegen sie aufgehoben worden war. Der eine von ihnen war an die Strafanstalt zu Biegenhain versetzt worden, und somit blieb nur noch ein räudiges Schaf in der Diözese, deren bischöfliches Leib-Organ, der „Nassauer Bote“, bisher immer gerühmt hatte, es gebe

ein räudiges Schaf in der Diözese. Heute veröffentlicht nun dieser Eine, Pfarrer Junk in Bad Ems, folgende Erklärung, der man es ansieht, daß sie ihm abgedrungen ist:

"Unter dem Eindruck höchstermerlicher Erfahrungen, die ich in Folge der Geiche vom 22. April und 20. Juni v. J. gemacht habe ich bei der kgl. Staatsregierung eine Erklärung eingereicht, welche, an und für sich betrachtet und abstract genommen, weitestens nach meiner Ansicht und Intention, der Anerkennung der Unterthanenpflichten einen nach der katholischen Lehre keineswegs unzulässigen Ausdruck gab. Da jedoch der Vorlauf dieser Eingabe unter den obwalternden Verhältnissen dem Zweifel meiner kirchlichen Treue Raum giebt, so habe ich, um das in und außer meiner Gemeinde entstandene Vergernis zu heben, meinem hochwürdigen Herrn Bischofe entsprechende Genugthuung zu leisten mich erboten, namentlich mich auch bereit erklärt, auf alle aus meiner Eingabe an die Staatsbehörde entspringenden materiellen Vorbeile Bezug zu leisten. Dies bringe ich noch mit der Verfiderung zur öffentlichen Kenntniß, daß es mit Gottes Hilfe mein Bestreben sein wird, der von mir angelobten Obedienz und Reverenz in vollem Umfang gerecht zu werden. — Junk, Pfarrer."

Diese Erklärung ist namentlich darum interessant, weil sie klar ausspricht, daß jetzt ein katholischer Geistlicher auch durch Erfüllung solcher Unterthanenpflichten, die nach der katholischen Lehre unzulässig sind, ein Vergernis geben kann.

Mainz, 10. Februar. [Versammlung.] Wie gemeldet wird, ist auf den 16. d. M. eine Generalversammlung des Vereins deutscher Katholiken in den Frankfurter Hof ausgeschrieben, in welcher die förmliche Auflösung des Vereins beantragt werden soll. Befanntlich hat das preußische Ober-Tribunal durch ein neuliches Erkenntnis die Schließung dieses Vereins ausgesprochen.

Deßerricht.

* * Wien, 10. Februar. [Das Ministerium und die Ausweilungen.] Die „Neue freie Presse“ bricht heute das Eis, indem sie die Initiative ergreift, um die Ausweilungen norddeutscher Correspondenten aus Wien zu besprechen. Den Fall Levysohn kennen Ihre Leser. Der andere betrifft die „Abschaffung“ des, auch bei Ihnen bekannten Kilians. Indessen habe ich Grund zu glauben, daß es sich hierbei nur um die rein formelle Erneuerung eines, bereits seit vorinem Sommer schwedenden Aufweisungsbefehles handelt, in dem immer nur Frist-Erstreckungen bewilligt worden sind und hoffentlich auch diesmal noch bewilligt werden. Ein dritter Fall scheint sich nur in so weit zu bestätigen, als dem betreffenden Collegen ein Avertissement ertheilt worden ist, weshalb ich von jeder Namens-Nennung Abstand nehme. Daß ein liberales Ministerium, sobald es anfängt gegen die Presse mit reinen Polizei-Maßregeln zu wüthen, den Ast, der es selber trägt, absägt, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Indessen wird auch Niemand darum es für ein harmloses Vergnügen halten, wenn jemand durch ein falsches Telegramm, daß die Reserven einberufen werden, in der gegenwärtigen Situation unsere Regierung compromittiert und die Renten um ein Prozent zum Falle bringt. Aber die sehr bestimmten und scharfen Gesetze, die wir gegen solche Ausschreitungen haben, gelten ja doch nicht blos für die Ausländer: warum also nicht den betreffenden „Ausländer“ gerichtlich aburtheilen und durch Richterstrafe ausweisen lassen, wenn einmal durchaus zu diesen Mitteln gegriffen werden muß? Die Polizei-Motivirungen von „destructive Tendenzen“ und von „mangelnden Subsistenzmitteln“ mahnen doch zu stark an die Zeiten Bachs und Weiß von Starkenfels (unseres Hinkelbey), als daß ein Ministerium Auersperg sich derselben bedienen sollte. Dabei wird man immer an den alten Spruch erinnert: daß ein Journalist nie wegen der irrtigen Nachrichten in seinen Correspondenzen gemahregelt wird, sondern immer nur wegen der unbekümmerten Wahrheiten, die er hinausgeschrieben. Noch ein anderes Moment kommt hinzu. Das Ministerium sieht sich der Gefahr aus, ganz gemeinem Brodneid per Presbureau-Offiziösen Vorschub zu leisten, wenn es derartige Maßregelungen nicht prinzipiell verschmäht. Daß diese Herren gar viel schänden und verleumden; daß gegen die lästigen Concurrenten ihre vorzüglichste Handhabe die Anklage wegen „Preußenhenschlerei“ ist, der sie als österreichische Patrioten steuern müssen: ist bekannt. Einer der Herren, der in dieser Sorte Patriotismus Geschäfte macht, ist selber erst seit einem Lustrum hier zugewandert, ein geborener Süddeutscher. Ein Anderer, mit dessen „Schwarzgesichtshau“ jetzt viel Lärm gemacht wird, schrieb am Vorabende des deutschen Krieges heraus, daß Österreich den Renten-Coupon nicht mehr einlöse. Das tut nichts, ihr Herz dreht sich dennoch vor Schmerz um, sobald sie sehen, daß ein namhaftes deutsches Blatt nicht von ihrer Gilde bedient wird, nicht ihnen tributpflichtig ist. Die Regierung also, die auf die Einstützungen und Dennicationen dieser Herren Polizeimafregelungen gründet, läuft Gefahr, wider Willen Interessen zu dienen, die sie mit Führern der Entrüstung von sich weisen würde, wenn sie ihre Ziele offen verfolgen wollten. Eine Gesetzgebung, welche gestattete, Herrn Siegl wegen seiner in München geschriebenen Artikel im dortigen „Vaterland“ zu fassen, sobald er den Fuß nach Salzburg setzte, giebt um so mehr auch die Mittel zur gerichtlichen Verfolgung von Ausländern in Wien, wenn sie durch Briefe an eine deutsche Zeitung sich mit den Gesetzen Österreichs in Collision bringen. Das Ministerium brauchte deshalb das Schubgesetz nicht gegen die Publicistik mobil zu machen. Seine ergebensten Freunde stehen vor einem unlösbar Rätsel und fragen vergebens, wo das hinaus soll? Die Vergleiche mit der Freiheit, die Belcredi und Hohenwart der Presse lieben, die Erinnerung, wie selbst Schmerling jede polizeiliche Maßregelung unbedingt verschmähte, macht es geradezu unerträglich, wie ein Ministerium dazu greifen kann, dessen einzelnen Mitgliedern selbst der politische Gegner nicht freitut machen wird, daß sie vollendete Gentlemen sind. Ist das Ministerium übertrieben nervös geworden durch die Schwierigkeiten mit Ungarn und im Reichsrath? Nun, dann können seine besten Freunde es nur mit der „Neuen Freien Presse“ darauf aufmerksam machen, daß diese vermeintlichen Beweise von Stärke ihm sicherlich blos schaden!

Bien, 10. Februar. [Montenegro und die Pforte.] Ein der „Pol. Corr.“ von türkischer Seite zugehendes Telegramm aus Konstantinopel stellt in Abrede, daß neuerdings Verhandlungen ernster politischer Natur zwischen Montenegro und der Pforte stattgefunden haben. Dagegen wird in diesem Telegramme die Thatjache zugegeben, daß der neue Gouverneur der Herzegowina, Aali Pascha, seinen Dragan, den Schweizer Reutsch Effendi, allerdings nach Cettinje entsendet hat und dies ausschließlich zu dem Zwecke, um mit dem Fürsten von Montenegro wegen absolut localer Angelegenheiten, wie dies immer zu geschehen pflegt, eine Verbindung herzustellen. Nur hierauf und auf nichts Anderes habe sich die Mission Reutsch Effendi's bezogen.

Schwitz.

Zürich, 8. Febr. [Aus dem Bundesrathe.] Militär-Schulen. — Zum Schulwesen. — Zur Weltausstellung in Philadelphia. — Zum Eisenbahnen. — Das Steuergesetz in Neuenburg. — Socialdemokratisches. — Aus Hellikon. — Das Mausergewehr. — Kirchliches.] Der Bundesrat läßt die Freunde und Feinde des Banknotengesetzes lange zappeln, bis er nach neuer Sichtung der Referenzen-Unterschriften für oder gegen Volksabstimmung entscheidet. —

Dagegen hat er das Gesetz über Jagd und Vogelschuh in Kraft erklärt, weil nur etwa 10,000 gültige Stimmen dasselbe angeschaut haben; es wird also künftig nach eidgenössischer Ordnung gejagt und geschossen. — Das Militär-Steuergesetz wird nun ebenfalls mehrfach angezapft, wiewohl sich auch mit vollem Recht günstige Stimmen dafür erheben; bis zum 30. März haben die 30,000 Stimmen Zeit, welche die Volksabstimmung verlangen können. — Die Zeitungen veröffentlichen auf mehreren Folios Seiten das gewaltig lange Verzeichnis der diesjährigen Militärschulen aller Waffen und Grade, welche sich in Thun und den zahlreichen übrigen Waffenplätzen der Schweiz abhalten werden sollen. — Die Regierung von Glarus hat an den Bundesrat eine Denkschrift gerichtet, in welcher sie im Interesse der Schule lebhaft dagegen auftritt, daß die Lehrer außer dem Recruit-Curs auch zu Offizieren befördert werden können. — Gegen früheres Erwarten wird nun doch die Schweiz auf der Welt-

Ausstellung in Philadelphia recht ansehnlich von 376 Ausstellern, unter denen fast ein Viertel Zürcher sind, vertreten sein. — Die Länge der schweizerischen Eisenbahnen ist auf 2005 Kilometer angewachsen. Im vorigen Jahre brachte der Kilometer durchschnittlich noch nicht 29,000 Fr. ein; die große Mehrzahl der Linien weist grausam kleine Zahlen auf, die durchaus nicht mit den rosigem Berechnungen der Rentierungsfünfster stimmen. — Die unglückliche Nationalbahn, welche sich vermasst, durch eine neue Linie vom Boden- bis zum Genfer-See die alten Linien aus dem Felde zu schlagen, hat schon für ihr erstes Stück (Constanz) Singen-Winterthur statt der vorgeschriebenen 9½ Mill. Fr. Baukosten fast 14% Mill. verbraucht und die Ginnahme des Stückes seit Juli deckt nicht einmal die Betriebskosten. Das wird wohl nicht ohne einen bösen Krach abgehen. — Der Große Rath von Neuenburg hat das neue Steuergesetz um den Grundsatz der Progression bereichert; allerdings ist noch Volksabstimmung darüber erforderlich. — Das Organ der Zürcher Socialdemokraten, die „Tagwacht“, erklärt es für ein leeres Gerücht, daß man bei der Sylvestersfeier ein Crucifix mit Füßen getreten habe. Desto besser! — Für die Verunglückten in Hellikon, namentlich die Waisen, sind etwa 40,000 Fr. gesammelt worden. — Der bewährte Schütze Hauri, Büchsenmacher in Reinach, Et. Aargau, gewann gegen zwei Brenner, welche das Mausergewehr über Alles stellten, die Wette, daß er mit dem Martinisturp in 1½ Minuten 30mal schießen würde; er schoss sogar 35mal. — Der in Paris verstorbenen Stryski, Offizier in der dreißiger polnischen Revolution, hatte sich in schweizerischen Diensten als Mitarbeiter der großen Dufourkarte und als Eisenbahn-Ingenieur rühmlich ausgezeichnet. — Unsere geistliche Blumenlese ist heute nur beschädigt. Das Luzerner „Vaterland“ sieht klarlich auseinander, daß die Geistlichen mit vollem Rechte die bloß bürgerliche Ehe ohne kirchliche Trauung vom Religionsstandpunkte aus als „unrechtmäßige Verbindung und Concubinat“ bezeichnen. Ob die Bundesbehörde es gutmütig einstecken wird, daß die gesetzlich eingeführte Civilehe auf solche Weise beschimpft wird? — Wie früher gemeldet, processieren die Stände Solothurn, Bern, Baselland, Aargau und Thurgau, welche den Bischof Lachat abgesetzt haben, gegen denselben um Auslieferung des bedeutenden Legats der frz. Under. Sie wollen nun ein Auge zudrücken und einem etwa zu bildenden Bisithum Luzern-Zug die Hölste des Legats zuwenden. Herr Lachat wird aber ohne Zweifel seine Behauptung wiederholen, er sei noch immer Bischof aller sieben Cantone des Bisithums Basel und folglich Eigenhümer des ganzen Legats. „Die Kirche hat eiserne Zahne und einen guten Magen.“ — Im Landrath von Glarus wurde bei der Beratung des Entwurfs der neuen Verfassung der Artikel, welcher den Mitgliedern religiöser Orden die Schule verschließt, mit kleiner Mehrheit gestrichen. Die Redner der Mehrheit behaupteten, die Klosterschule von Nafels habe sich bis jetzt nichts zu Schulden kommen lassen. Die Minderheit erwiederte vergebens, daß die Weltlichkeit der Schule grundsätzlich streng durchgeführt werden müsse.

Frankreich.

○ Paris, 9. Februar, Abends. [Der Rücktritt Leon Renault's. — Buffet's Candidatur in Castel-Sarrasin. — Zugriff der Internationale. — Thiers. — Zur Presse.] Das vor einigen Tagen umlaufende Gerücht von dem Rücktritt des Polizeipräfектen Leon Renault hat heute seine Bestätigung erhalten. Die „Agence Havas“ meldet, daß Renault seine Entlassung gegeben hat und daß dieselbe angenommen wurde. Buffet hat also obgesiegt, obgleich der Polizeipräfekt bei Mac Mahon persönlich in Gunst stand. Ohne Zweifel ist dabei dem Vicepräsidenten des Conseils die Unwesenheit des Due Decaze's und Leon Say's, die mit dem Polizeipräfekten befreundet sind, zu Statten gekommen. Den Anlaß zu Renault's Rücktritt gab, wie man weiß, dessen Candidatur in Corbeil, die nach und nach immer entschiedener einen republikanischen Charakter angenommen hatte. Es verlautet noch nicht, wer Renault's Nachfolger sein wird, aber nach der „Agence Havas“ ist die Rede davon, die Befugnisse der Polizeipräfektur zu verringern und den allgemeinen Sicherheitsdienst wieder vom Ministerium des Innern abhängig zu machen. Selbstverständlich wird Renault's Ausscheiden und die Umstände, welche dasselbe herbeigeführt haben, starken Einfluß auf den Ausfall der Wahlen üben, wenn Buffet's Populärität noch vermindert werden könnte, so würde sie durch dieses Ereignis vermindert werden. Auf alle Fälle aber ist es Buffet gelungen, Mac Mahon nach mehr bloßzustellen. Der Präsident wird sich zu den Diensten seines ersten Ministers nicht viel Glück zu wünschen haben. Renault's Wahl hätte, wenn er im Amt blieb, für einen Sieg der Regierung gegolten; sie wird jetzt für eine Niederlage derselben gelten müssen. Und sie ist gesicherter, als vorher. Das Renault's politische Stellung durch den Vorgang nur gewinnen kann, ist einleuchtend; mehr als je sucht man in dem zurücktretenden Polizeipräfekten einen Minister der Zukunft. — Buffet hat die Candidatur in Castel-Sarrasin (eine exotische Candidatur, wie sie der „Temp“ nennt) jetzt definitiv angenommen. Die Localblätter brachten heute sein Wahlrundschreiben, worin abermals Mac Mahon in den Vordergrund geschoben wird. Dasselbe lautet: Ich nehme die Candidatur an, welche Sie mir in Ihrem Arrondissement angeboten haben. Das freiwillige Zeugnis Ihres Vertrauens ist eine große Ehre für mich, und die Überzeugung, daß dieses Zeugnis sich weniger an meine Person, als an die Regierung des Marshalls Mac Mahon richtet, ist weit entfernt, seinen Werth in meinen Augen zu verringern. Sie haben in Ihrer Mitte Männer, welche sich durch Verdienst und geleistete Dienste Ihrer Wahl empfahlen; und eben diese haben die Initiative zu meiner Candidatur ergriffen, daher mir keine Zögernung gestattet war. So Herr Buffet. Da er einmal einen Wahlbezirk gewählt hat, in welchem er nicht persönlich bekannt ist, so läßt sich vermuten, daß er sich an einen solchen wendet, dessen Präfekt seiner Sache ganz sicher zu sein glaubt. Man hält aber hier nach Berichten aus dem Bezirk von Castel-Sarrasin den Erfolg Buffet's nicht für so ausgemacht, wie die Verwaltung glaubt. — Der „Gaulois“, dessen Mittheilungen in diesen Stücken freilich verdächtig sind, will erfahren haben, daß die Internationale an die Wähler von Lyon einen Aufruf gerichtet, worin es heißt: „Im Namen einer Gruppe Lyoneser Flüchtlinge beschwört die Internationale die Arbeiter, sich lieber der Wahl zu enthalten, als ihre Stimmen falschen Demo-

kralen zu geben, wie Gambetta, welcher das Volk hintergehe und im Bade sich aushalte, während man seine Wähler mordet.“ — Thiers hat gestern eine Deputation von Intransigenten, die von ihm Aufschluß über seine Candidatur haben wollten, nicht vorgelassen. — Der Chefredakteur der royalistischen „Union“, Herr Laurentie, ein von allen Parteien um seines persönlichen Charakters willen sehr geschätzter Mann, ist heute früh in hohem Alter gestorben. Er zählte 83 Jahre und war geboren an dem nämlichen Tage, an welchem Ludwig XVI. enthauptet wurde. — Bei Plon sollen nächstens die in der „Revue des Deux Mondes“ erschienenen, vielfach bewirkten und kritisierten Artikel Klarko's über die beiden Kanzer Bismarck und Goritschakoff als gesondertes Buch herausgegeben werden.

○ Paris, 10. Febr. [Zum Rücktritt Leon Renault's. — Professor Regnault. — Die Aussforderung eines französischen Offiziers an die deutschen Offiziere. — Aus St. Etienne.] Der Rücktritt Leon Renault's erregt begreiflicherweise große Sensation. Der sehr conservative „Moniteur“ meldet ihn mit dem Hinzufügen, daß er noch nicht an eine Nachricht glauben könne, welche die Freunde der Verfassung und des Marshalls tief betrüben müßte. Die „Republique“ erklärt, daß nun nichts mehr die Republikaner von Corbeil abhalten werde, Renault zum Deputierten zu wählen. „Es ist kein Grund vorhanden, sagt sie, diese loyal dargebotene Hand zurückzuweisen. Wir werden jedenfalls früher oder später in einer großen Zahl von Fragen Herrn Renault unter unseren Gegnern finden; aber es ist dabei keine Zweideutigkeit möglich. Für den Augenblick handelt es sich noch darum, die Republik zu befestigen; Herr Renault verspricht uns bei diesem Werke behilflich zu sein.“ Wie bereits gemeldet, hat die „Agence Havas“ der Mitteilung über Renault's Rücktritt hinzugefügt, daß künftig der Sicherheitsdienst von der Polizeipräfektur an das Ministerium des Innern übergehen solle. Darin hat man eine Art Rechtsfertigung für die Entfernung Renault's suchen wollen. Die Bonapartisten, welche dem bisherigen Polizeipräfekten ihren ganz besonderen Haß gewidmet haben, weil derselbe, wie man weiß, ihre Mandat rücksichtslos an's Licht gezogen hat, behaupteten seit lange, daß Renault nicht als Candidat in Corbeil auftreten dürfe, weil er dort eben so gut wie in Paris ein Amt bekleide, welches mit dem Candidatur nicht verträglich ist. Denn wenn die Functionen des Polizeipräfekten sich über das Seinedepartement erstrecken, so leitete Renault als Director der Sicherheitspolizei die Polizeiverwaltung im ganzen Lande. Dem gegenüber erklärt sich aber die „Debats“ heute zu der Erklärung ermächtigt, daß Renault aus dem alleinigen Grunde seine Entlassung gegeben habe, weil seine Stellung als Beamter ihm nicht mehr gesatte, die Freiheit zu bewahren, deren er als Candidat bedurfe.“ Die größte Freude macht die ganze Angelegenheit natürlich den Bonapartisten, die nicht mehr zu befürchten brauchen, daß Renault als Leiter der Sicherheitspolizei in Paris wie in den Departements ihnen auf die Finger sehen werde. Sie waren darin vollständig gleicher Meinung mit Buffet, daß es dem Polizeipräfekten besser angestanden hätte, sich um die angeblichen radicalen Verschwörungen zu kümmern. Der Nachfolger Renault's ist, wie die „Agence Havas“ angezeigt hat, der Deputierte Felix Boissin, Staatsanwalt in Melun. Boissin, der bis zum 24. Mai stets mit Thiers gestimmt hatte (er war von der September-Regierung zum Procurator ernannt worden), hat sich nach dem Regierungsantritt Mac Mahons zuerst den Feinden der Republik beigegeben, nachher aber doch für die Verfassung gestimmt. — In der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften hat sich ein äußerst peinlicher Vorfall ereignet. Der Professor Regnault, der Vater des bei Buzenval gefallenen Malers Henri Regnault, hielt einen Vortrag über die Meter-Bestimmung, als plötzlich seine Stimme stockte, seine Rede unzusammenhängend wurde und die Anwesenden nur noch einzelne Worte, wie Berlin, die Preußen, Schlacht und dergleichen hörten. Regnault hatte einen Fall von Geistesverwirrung; man mußte ihn nach Hause führen. — Der „Moniteur“ meint jetzt, daß an der famosen Geschichte des Cariels, welches von einem hirnverbrannten französischen Offizier an die deutschen Offiziere geschickt worden, doch leider etwas Wahres sein könne und fühlt sich zu milder Rüge veranlaßt. Wir hatten, bemerkte er, mit deutschen Blättern vorausgesetzt, daß es sich um eine lächerliche und bedauerliche Mystification handle. Die Informationen, welche uns zukommen, lassen uns befürchten, daß der Name eines Franzosen, der seit 1857 nicht mehr der Armee angehört, nachdem er bis dahin in der Fremdenlegion gedient hatte, mit diesem Vorkommen verbunden ist. Welche Ursachen aber auch diese Herausforderung herbeigeführt haben mögen, so scheinen dieselben uns nicht der Art, die Herausforderung zu rechtfertigen. Wir halten derartige Aufsetzungen für besonders bedauerlich und es heißt keinen intelligenten Patriotismus verkünden, wenn man sich ihnen anschließt.“ In den „Debats“ liest man gelegentlich des Unglücks in St. Etienne: Im Jahre 1865 ging auf je 46,000 zu Tage geförderte Tonnen Stein Kohlen ein Menschenleben verloren und im Jahre 1869 auf je 48,000 Tonnen. Man constatirt mit einem Erstaunen die Regelhaftigkeit dieser Unfälle. So zählte man im Jahre 1865 in Frankreich 1803 Verunglückte (darunter 391 Tote), in 1866: 1690 (330 Tote), in 1867: 1683 (447 Tote), in 1868: 1860 (348 Tote), in 1869: 1918 (395 Tote). Die Ziffern weichen also von einem Jahre zum andern nicht um ein Fünftel ab. Die meisten Unglücksfälle ereignen sich in den Kohlengruben, welche nur 85,000 Arbeiter von den 245,000 in Frankreich beschäftigten Bergleuten zählen. Sie bilden also nur den sechsten Theil der Bergwerksschäfer und auf sie kommen ¼ aller Unglücksfälle. — Vom 20. April ab wird Paris wieder eine italienische Oper haben. Die Leitung übernimmt Herr Leon Escudier, unter den bereits engagirten Künstlern befinden sich die Damen Stolz und Waldbmann, die Herren Masini, Medini, Pandolfini. Man wird mit der Verdi'schen „Aida“ den Anfang machen; Verdi hat es übernommen, die Proben zu leiten.

Spanien.

Madrid, 3. Febr. [Vom Kriegsschauplatze. — Wahlergebnis. — Die liberale Union. — Preßprozeß. — Hinrichtung.] Die neuesten Bewegungen der Truppen im Norden, schreibt man der „R. Z.“, lassen endlich einmal wieder der Hoffnung Raum, daß die Entscheidung nicht mehr fern liegt. Von allen Seiten wird vorgerückt, ohne daß man indessen an irgend einem der vom Feinde ausgerückten Stützpunkten ernstlichen Widerstand gefunden hätte. Nach den Berichten, welche General Quesada hierher gelangen läßt, durchziehen die Truppen nicht nur das Herz von Biscaya, um von Vitoria und dem Menathale nach Bilbao zu gelangen, sondern sie machen auch Anstalten, um auf der Straße von Zornozza in der Richtung nach Guipuzcoa zu marschiren. Diese Absicht hat den Feind veranlaßt, die Stellungen bei Durango und Guernica, welche er seither gegen jeden Angriff gesichert glaubte, aufzugeben. Unterdessen besiegt das auf der rechten Seite operirende Heer ganz Navarra und schließt vollkommen die Grenze gegen Frankreich hin. Die Telegramme besagen zwar noch nicht, daß die dieszeitigen Truppen schon in Vera sind; aber die Carlisten mässen sich von da schon zurückzogen haben, sonst kann man es nicht erklären, daß die ersten schon in Lesaca und Chalar sind. Die Vereinigung der beiden Heere in Guipuzcoa ist

sehr wahrscheinlich. In diesem Falle wird der Feind — nachdem ihm jede Verbindung mit Frankreich abgeschnitten und er aus Alava und Biscaya verdrängt ist — auf jenen kleinen Raum beschränkt sein, worin er sich im Jahre 1871 befand, als er, jeder Widerstandstrafe beraubt, sich zu ergeben beschloß, dabei aber, trotz seiner kritischen Lage, alles Mögliche zu erreichen bestrebt war, um später bei günstigerer Gelegenheit die Kriegssacke von Neuem anzuzünden. Die „Iberia“ bringt, um ihren Lesern die Bedeutung der Besetzung des Bataanthalles durch Truppen des Generals Martinez Campos klar zu machen, folgende interessante Ausschüsse über die Bodenverhältnisse: Wer jemals durch Navarra nach Frankreich gereist ist, ehe es Eisenbahnen gab, wird sich des Weges entzinnen, welcher von Pamplona nach der Benta von Magaire führt. Hier trennen sich die Wagen, und während einige über Narvarte, Santisteban, Lesaca und Vera nach Irún fahren, schlagen andere die Richtung nach Elizondo ein, liegen rechts und links einige Dörfer liegen, überschritten die Brücke von Dancharinea und gelangten so in das Nachbarland. Die Carlisten beherrschten die ganze rechte Seite des angeführten Weges; sie hatten nicht nur in diesem Theile des Bataanthalles Detachements aufgestellt, sondern auch in Narvarte, Santisteban und dem ganzen Raum von Leiza, dem letzten Dorfe von Navarra, welches an Guipuzcoa grenzt, an bis nach Vera. Auf diese Weise bewachten sie die Grenze bei Echalar, Pena-Plata, Urdax, Zugarcamurdi und Dancharinea. An diesem letzten Orte hatten sie ein Grenz-Zollamt errichtet, welches ihnen viel eintrug; auch gelangten hierdurch Lebensmittel, Munition und alle anderen Artikel ins carlistische Lager. Ein Postamt befand sich daselbst und auf diesem Wege gelangte Don Carlos von Frankreich nach Spanien. Dancharinea ist kein Dorf; sowohl auf der französischen wie auf der spanischen Seite besteht es nur aus einer kleinen Anzahl von Gebäuden für die Zollbeamten. Das französische Dorf Ainhoa ist nur auf Flintenschußweite entfernt. Auf der Rechten, in einer Schlucht, liegt Urdax, klein, aber berühmt, weil Carlos V. im vorigen Carlitenkriege, hier übernachtete, ehe er auf französischen Boden übertrat. In diesem Dörchen hatten die Carlisten eine Patronenfabrik errichtet, in welcher mehr als 200 Arbeiter, meistens Invaliden, beschäftigt waren. In Urdax lebten die Carlisten sehr ruhig. Der Vorgesetzte der Zollbeamten, Oberst Tribarren, ein carlistischer Veteran aus dem vorigen Kriege, hatte daselbst seinen Wohnsitz. Dieses Dorf und das nahe dabei liegende Zugarramurdi müssen jetzt von der Avantgarde des liberalen Heeres erreicht sein. Die Carlisten werden sich nach Pena-Plata und in die Berge zwischen Bataan und die fünf Städte Santisteban, Lumbilla, Yanci, Lesaca und Vera zurückziehen veranlaßt haben, weil sie von dort nach Frankreich gelangen können. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden sich die Generäle Martinez Campos und Martínez in Vera, woselbst eine carlistische Gießerei für Granaten liegt, treffen.“ — Nicht geringere Erfolge, als die Armee augenblicklich gegen die Carlisten erzielt, kann der Minister des Innern in seinem Kampfe gegen die Opposition gelegentlich der Senatswahlen aufweisen. Unter 196 Senatoren giebt es nur 9 radikale und konstitutionelle, dagegen 31 Fanatiker, welche für die katholische Einheit auftreten. — Wie vorauszusehen war, hat die Antarktis Posada Herrera's den Gerüchten über das Wiederaufleben der liberalen Union neue Nahrung gegeben. Wie weit dieselben Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, ist einstweilen nicht zu bestimmen. Gewiß ist nur, daß die Regierung ihn für den Vorsitz in den Cortes aufersehen hat. Gewiß ist auch, daß die früheren Unionisten der jetzigen sagastinischen Partei ihn zuerst aufgesucht haben und mit ihm gemeinsame Sache machen wollen. — Das erste Opfer des neuen Preßgesetzes ist das Blatt der äußersten Moderados, der „Pabellón Nacional“, geworden. Es hatte die heikle Frage zu erörtern gesucht, welchem General wohl am meisten Ehre für seine Mitwirkung an der Restauration gebühre, und muß jetzt diesen Versuch, Zwietracht unter den Führern des Heeres zu sät, mit Zahlung der Kosten und Nächterschein auf 25 Tage büßen. — Vorgestern früh Morgens wurden unter ungeheurem Jubel vom Volk die beiden Mörderinnen Mariana García und Xaviera Fernández, welche im vergangenen Jahre die Witwe des Generals Pierrard ermordeten und von deren Schwägerin auf der That erwischten, hingerichtet.

„die Parasiten der Phanerogamen“, indem er die wichtigsten Arten derselben nach ihrem Bau, ihrem allmählichen Wachsthum, ihren Kennzeichen und nach der Art und Weise ihrer Vermehrung darstellt und zugleich auseinanderstellt, wie diese in der Natur häufiger, als man früher geglaubt, vor kommenden Schmarotzer das Leben und die Entwicklung anderer Gewächse entweder gefährden oder vernichten. Dem Herrn Dr. Dittes, Director des Pädagogiums in Wien, beschloß der Verein ein Dank- und Anerkennungsschreiben für sein thalträgliches Wirken für Schule und Lehrer zusammen zu lassen. — Der lezte Theil der Sitzung war einer Bezeichnung über das Vorgehen des hiesigen „Vereins katholischer Lehrer“, welcher bei den städtischen Behörden um Errichtung eines Fortbildungskurses vorstellig geworden ist, gewidmet.

M. Breslau, 12. Februar. [Lehrerwaisen-Unterstützungskasse der Provinz Schlesien.] Im Herbst vorher Jahres ist von den Lehrern der höheren Lehranstalten Schlesiens eine Kasse begründet worden, deren Zweck vorzugsweise darin besteht, die hinterlassenen Waisen ihrer Mitglieder nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu unterstützen. In richtiger Würdigung dieses Zwecks sind sämliche Directoren, und fast alle definitiv angestellten Lehrer der hiesigen Gymnasien und Realsschulen derselben als Mitglieder beigetreten, ebenso allgemein ist die Teilnahme in nicht wenigen anderen Städten, wie Dels, Orlau, Brieg, Neisse, Wohlau, Liegnitz, Jauer, Grünberg u. a., während in einigen, besonders vor der Hauptstadt entfernten Städten einzelne Lehrer-Collegien sich noch wenig, oder gar nicht beteiligt haben. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 237, die der versicherten Kinder 302. Da bis jetzt ein Sterbefall noch nicht eingetreten ist und Unterstützungen somit noch nicht gewährt wurden, so konnten sämliche Einsnahmen reservirt und bereits 5000 Mark auf der hiesigen städtischen Bank deponirt werden.

G. Hirschberg, 10. Februar. [Pestalozzi-, Kreis-Lehrer- und Sterbefallen-Verein.] Gestern fand im Grüner'schen Locale hier selbst eine gemeinsame Generalversammlung des hiesigen Pestalozzi-, Kreis-Lehrer- und Sterbefallen-Vereins statt. Zunächst gelangten die Angelegenheiten der mit dem 1. Januar d. J. in's Leben getretenen Sterbefälle der Lehrer des hiesigen Kreises zur eingehenden Beratung, wobei es namentlich galt, mit besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß die Beteiligung an dem Sterbefallen-Verein (der selbe zählt bereits 98 Mitglieder) die gegebenen Erwartungen weit übertrifft, das Statut einer nochmaligen Bützung zu unterwerfen und verschiedene, darauf bezügliche Anträge einer Beschlussfassung zu unterziehen. Den Zweck der Kasse, bei Todesfällen den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes eine sofortige baare Hilfe zu gewähren, sowie die Verpflichtung der Mitglieder, beim Eintritt in den Verein und nach jedem Todesfalle 3 Mark zur Kasse zu zahlen, ließ man in vollem Umfang bestehen. Was jedoch die Kasse selbst anbelangt, so wurde, die bisherigen Bestimmungen des Statuts erweitern, beschlossen, derselben durch Gründung eines Reservefonds auch für die Zukunft eine sichere Basis zu geben, die den Mitgliedern die Bützungsfreiheit gewährt, selbst bei Auflösung des Vereins eine wesentliche Schädigung nicht befürchten zu dürfen. Zur Errichtung dieses Zweckes beschloß die Versammlung, die Unterstützungs-Zahlungen in der Art zu regeln, daß bei Todesfällen im ersten Jahre der Mitgliedschaft $\frac{1}{10}$, im zweiten $\frac{2}{10}$, im dritten $\frac{3}{10}$, im vierten $\frac{4}{10}$ und vom Beginn des fünften Jahres ab $\frac{5}{10}$ der in der Kasse liegenden einmaliger Mitgliederbeiträge an die Hinterbliebenen des Verstorbenen gezahlt werden, die betreffenden Überschüsse aber dem Reservefond zugeschlagen sollen. Die veraltenden, durch besondere Wahl nochmals ausdrücklich als solche ernannten Vorstandsmitglieder: Rector Waldner als Vorsitzender, Lehrer Hänsel als Schriftführer und Lehrer Reimann als Kassier (außerdem gehören zum Vorstand 5 Bezirksvorsteher und 2 von den katholischen Lehrern gewählte Mitglieder), wurden mit der Veranlassung des Weiteren beauftragt. — In Angelegenheiten des Pestalozzi-Vereins (Vorsitzender Lehrer Hänsel) trug zunächst der Schriftführer, Lehrer Fischer, den Jahresbericht vor, welcher nachwies, daß der Verein am Schluß des verflossenen Jahres 94 Mitglieder zählte. Die hierauf vom Kassier, Lehrer Lungwitz, erhaltene Rechnungslegung pro 1875 ergab eine Einnahme von 163 Mark 65 Pf. (darunter 104 Mark 45 Pf. Mitgliederbeiträge) und eine Ausgabe von 93 M. 50 Pf., so daß ult. December 1875 ein Kassenbestand von 70 M. 15 pf. verblieb, zu welcher Summe noch ein Überdruck aus dem Vorjahr in Höhe von 33 M. 91 Pf. hinzutrat. Die Versammlung konnte somit über eine Summe von 104 M. 6 Pf. verfügen und beschloß, hieron an vier vorgeschlagenen Wittwen (3 evangel. und 1 kath.) als Unterstützung je 20 M. zu vertheilen. — Was den Kreis-Lehrer-Verein (Vorsitzender Rector Waldner) anbelangt, so erstattete der Schriftführer, Lehrer Hänsel, zunächst den Jahresbericht, worauf als Delegirter für die diesjährigen Generalversammlungen des schlesischen Pestalozzi- und des Provinzial-Lehrerbvereins zur Vertretung des hiesigen Pestalozzi-Zweigvereins und des Hirschberger und Schmiedederger Zweig-Lehrerbvereins Lehrer Hänsel von hier, als dessen Stellvertreter aber Rector Heuer-Schmideler gewählt wurden. Der letzte Gegenstand der Verhandlungen betrifft die Beteiligung an der Sammlung einer Ehrengabe, welche dem Königl. Musil-Director und Seminar-Oberlehrer Richter in Steinau a. d. O. bei der Feier seines 50jährigen Amtsjubiläums seitens der schlesischen Lehrertreize überreicht werden soll.

** Bobten am Berg, 11. Februar. [Zur Abgeordneten-Wahl.] Wie wir soeben erfahren, wird die liberale Partei des Wahlkreises Schweidnitz-Stiegau bei der bevorstehenden Abgeordneten-Ergänzungswahl für den Director der Realsschule in Stiegau, Dr. Robert Rößler, stimmen. Der Genannte, ein tüchtiger Schulmann, sowie auch in der Communal-Beratung erfahren, ist ein Sohn des Erbschultheißebers Rößler in Gleinitz bei Bobten, und auch in weiteren Kreisen als glücklicher Dichter in schlesischer Mundart bekannt.*)

*) Herr Dr. Rößler ist ein geschätzter Mitarbeiter unserer Zeitung. D. R.

8. Ober-Langenbielau, 11. Februar. Gestern Abend hielt der hiesige Gewerbeverein eine Generalversammlung im schwarzen Adler ab. In der selben zeigte Herr Schär seinen interessanten Vortrag über das „Feuer“ fort. Hierauf fand die Rechnungslegung und Wahl zweier neuer Vorstandsmitglieder statt. Ein Vorstandsmitglied stellte den Antrag, dem Verein für Volksbildung beizutreten. Dieser Gegenstand wird der nächsten Generalversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden.

△ Breslau, 11. Februar. [Petition. — Jungfrauen-Verein.] Wie seiner Zeit berichtet worden, haben sich unter jüdischen Behörden ziemlich einstimmig für eine Verschmelzung der hiesigen evangelischen und katholischen Volksschule zu einer städtischen Simultanschule erklärt. Nach Angabe der letzten Nummer des hiesigen Kreis- und Stadtblattes ist nun aus der katholischen Schulgemeinde gegen die Verwirklichung dieses Projekts eine Petition an die Königliche Regierung gerichtet worden, über deren Motive jedoch nichts Näheres verlautet. Wir glauben, daß die Stadtoberwaltung nichtsdestoweniger die Durchführung ihres Beschlusses, mit welchem die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft einverstanden sein dürfte, unbedingt weiter verfolgen werde. — Der Vorstand des hiesigen Jungfrauen-Vereins, welcher beim Ausbruch des Krieges 1866 ins Leben trat und seitdem in segensreicher Weise sich Nothleidender und namentlich verschämter Armer wirksam angemonaten hat, veröffentlicht jüngst den Rechnungsbericht über sein neuntes Vereinsjahr. Die Einnahme, zum Theil aus Monatsbeiträgen, doch auch in beträchtlicher Höhe aus Geschenken und freiwilligen Zuwendungen stießend, betragen 1117 Mark; die Ausgaben 728 Mark. Es wurden im lehren Vereinsjahre 232 baare Unterstützungen im Betrage von 1 Mark bis 15 Mark verabfolgt, während außerdem 11 Personen laufende monatliche Unterstützungen erhielten. An bedürftige Familien wurden Naturalien und Kleidungsstücke verteilt. Der Jungfrauen-Verein unterhält ferner eine von 64 armen Mädchen besuchte Industrie-Schule, in welcher der Unterricht in weiblichen Handarbeiten unentgeltlich ertheilt wird.

= ch= Oppeln, 11. Februar. [Kreisbevölkerung. — Telegraphie-Schule.] — Schule für königl. Geburtsdag. — Nach den Ermittlungen der Volkszählung waren im Kreis Oppeln von männlichen Personen am Jahrs 48,595 anwesend, 477 an anderen Orten wohnend, 1136 auswärts abwesend, während diese drei Kategorien bezüglich der weiblichen Personen die Zahlen 53,772, 286 und 458 ergeben, so daß die Gesammbewohner des Kreises Oppeln sich auf 102,387 am Jahrsort anwesende, 763 an anderen Orten wohnende und 1594 auswärts abwesende Personen belaufen. Die Zahl der Ortsbewohner hat sich gegen die letzte Zählung um 1027 Seelen vermehrt. Wohnhäuser hat der Kreis 13,219, unbewohnte Häuser 81, sonstige Aufenthaltsorte 9, Haushaltungen 22,696, Anstalten 77. — In der Stadt Oppeln, welche eine Seelenzahl von 12,127 am Jahrsort Anwesenden, 362 an anderen Orten wohnenden, 179 auswärts Abwesenden nadweist, befinden sich 648 Wohnhäuser, 8 unbewohnte Häuser, 6 sonstige Aufenthaltsorte, 2569 Haushaltungen und 36 Anstalten. — Im Regierungs-Bezirk Oppeln bestanden 1875 52 Telegraphenstationen mit 108 Apparaten, auf welchen 150,742 interne und 14,890 nicht interne, zusammen 165,636 Depeschen aufgegeben und 171,830 Depeschen überhaupt angelommen sind. Für die angegebenen internen Depeschen wurden 104,706,88 Mark, für die nicht internen 359,90 Mark, zusammen

108,306,48 Mark. Reichsgebühr erhoben. — Die meisten Depeschen (über 15 000) kamen an in Gleiwitz (16,918), Beuthen (15,807) und Kattowitz (15,515); 15–15,000 erhielten Ratibor (14,617) und Neisse (12,723); 5–10,000 Oppeln (9023), Leobschütz (6082) und Gösel (5277), 2500–5000 die 9 Stationen Czernowitz, Tarnowitz, Groß-Siechlin, Königsblütte, Myslowitz, Neustadt, Ober-Glogau, Sobraw und Gąsolin, 1000–2500 23 Stationen, unter 1000 12 Stationen. Die am 1. August 1875 eröffnete Station Brokau hat die geringste Zahl, nämlich 272 erhalten. Interne Depeschen wurden aufgegeben über 10,000 in Beuthen (14,229), Gleiwitz (13,460), Kattowitz (12,579), Ratibor (12,031) und Neisse (11,806), von 5–10,000 in Oppeln (8276), Gösel (5829) und Leobschütz (5315). Am wenigsten hat die Station Giebmendorf — 222 — aufgegeben. Nichtinterne Depeschen gaben über 1000 auf Ratibor (2308), Kattowitz (2228), Gleiwitz (1838) und Beuthen (1515), unter 1000 25 Stationen, von denen Peitschendorf und Zülz mit je 9 die niedrigsten Zahlen haben. — Um eine möglichst gleichmäßige Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Seitens der Schulen des Regierungs-Bezirks Oppeln herbeizuführen und um das Fest für Herz und Geist der deutschen Jugend fruchtbringend zu machen, bat die bisige königliche Regierung den Landräthen, Magistraten und Kreis-Schulinspectoren zur weiteren Veranlassung empfohlen, die Feiern in folgender Weise abzuhalten: 1) Die Schulkinder versammeln sich zu der nach vorherigem Einvernehmen mit der Oberschulbehörde festgesetzten Stunde in ihren Klassen; 2) nach Absingung eines Chorals wird ein Gottesdienst für den Landesherren verrichtet; 3) hieran schließt sich eine auf die Feiern bezügliche Ansprache des Lehrers; 4) Vortrag patriotischer Gedichte und Lieder Seitens der Schüler; 5) bei größeren Schulkörpern können die Kinder da, wo ein geeigneter Raum vorhanden ist, zu gemeinschaftlicher Schulfeste vereint werden; 6) zur Feiernahme an der kirchlichen Feier werden die Kinder in festlichem Zuge von den Lehrern aus der Schule in das Gotteshaus geleitet; 7) die übrige Zeit des Tages ist schulfrei.

N. Poppeln, Kreis Oppeln, 10. Febr. [Todtschlag.] Am 8. d. M. Abends gegen 8 Uhr ist der kgl. Flößemeister Junge aus Alt-Cöln auf der Straße von Poppeln nach Alt-Cöln in der Nähe des Waldes mit bedeutenden Kopfwunden erschlagen aufgefunden worden. Die Stelle des Verbrechens wies die Spuren dreier Personen nach; der Verdacht lenkte sich alsbald auf die Einlieger Theodor Blacha und Anton Kachel aus Poppeln und den Häuslerjohann Christian Biela aus Alt-Cöln, welche am 8. d. M. Abends gegen 7 Uhr von Alt-Cöln nach Poppeln gegangen waren. Eine Vergleichung ihrer Stiefeln mit den an der verdächtigen Stelle aufgefundenen Fußstapfen ergab die genaue Übereinstimmung. Alle drei sind durch den Gendarmen Kasparek verhaftet und in das hiesige Polizeigefängnis abgeliefert worden; die beiden Erwachsenen haben bereits die Mordthat eingestanden; Junge hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Berlin, 10. Februar. Versicherungs-Gesellschaften.
(Der Cours versteht sich im M. pr. Stück franco Zusatz.)

Name der Gesellschaft.	1874.	1875.	Appointm a	Geschäft G.	Cours.
	Dis	Dis			
Aachen-Münchener Feuer-Ver.-G.	56	—	1000	20%	7800 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	42½	—	400	"	1550 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	—	500	"	710 G.
Berl. Feuer-Versich.-Auffst.	22½	—	1000	"	1335 G.
Berl. Hagel-Affizuranz-Ges.	58	16½	1000	"	550 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	24	—	1000	"	2100 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000	"	—
Concordia, Lebens-V.-G. zu Berlin	16	—	1000	"	1960 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	5	—	1000	"	715 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	5	—	1000	"	700 B.
Dresden allg. Transport-V.-G.	35	—	1000	10%	—
Disseldorf allg. Transport-V.-G.	14	—	1000	"	—
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	37½	—	1000	20%	3355 B.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	6	—	1000	"	800 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	12	—	500	"	440 B.
Glaubacher Feuer-Versich.-Ges.	10	—	1000	"	1300 B.
Königliche Hagel-Versich.-Ges.	15	—	500	"	275 B.
Königliche Rückversich.-Ges.	10	—	500	"	450 B.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	96	—	1000	"	6650 G.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	4½	—	100	"	297 B.
Magdeburger Feuer-Versich.-Ges.	31	—	1000	20%	2235 G.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	0	—	500	"	185 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	6	—	500	"	286 G.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	11½	—	100	"	—
„National“ Lebens-Versich.-Ges. zu Berlin (6% Oblig.)	6	—	200	"	99,75 G.
Mecklenb. Leb.-Versich.-u. Sparbank	7	—	200	"	

